

Stephan Lessenich\*

## Wer hat Angst vor der »Identitätspolitik«?<sup>1</sup>

**Zusammenfassung:** In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Identitätspolitik geht es um die Beziehung zwischen Etablierten und Außenseitern – und um die Verteidigung von als gefährdet wahrgenommenen Etablierten(vor)rechten. Die abwehrende Bearbeitung der Mobilisierung der Außenseiter nimmt dabei im Wesentlichen zwei Formen an: Während die einen die identitätspolitische Entpolitisierung der sozialen Frage beklagen, befürchten andere die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder aber das Ende der Meinungsfreiheit durch minderheitenpolitische Agitation. Der Artikel erläutert die verschiedenen Spielarten der Reaktion der Etablierten auf das Aufbegehren der Außenseiter.

**Schlagwörter:** Identitätspolitik, Normalitätsvorstellungen, Diversität, Minderheiten, Soziale Frage

### Who is Afraid of »Identity Politics«?

**Abstract:** The social debate on identity politics is about the relationship between the established and the outsiders – and about the defence of established (pre-)rights that are perceived as endangered. The defensive treatment of the mobilisation of outsiders takes two main forms: While some deplore the depoliticization of the social question through identity politics, others fear the endangerment of social cohesion or the end of freedom of expression through minority political agitation. The article explains the different ways in which the established react to the rebellion of the outsiders.

**Keywords:** Identity Politics, Conceptions of Normality, Diversity, Minorities, Social Issues

---

\* Stephan Lessenich ist Direktor des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der PROKLA.

1 Der redaktionell angepasste Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Hanser Verlages aus: Stephan Lessenich: Nicht mehr normal. © 2022 Hanser Berlin Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München.

## Identitätspolitik – was soll das sein?

Ein Gespenst geht um in Deutschland, und nicht nur hier: das Gespenst der »Identitätspolitik«. Kaum ein Thema hat die Gemüter hierzulande in den letzten Jahren so erhitzt wie die Untiefen der geschlechtergerechten Sprache, die Problematik der Berücksichtigung bislang randständiger oder gänzlich abwesender Positionen im politischen Diskurs bzw. die zugespitzte Frage, was man denn heute überhaupt noch öffentlich sagen dürfe. Allerdings blieb zumindest bei einigen Teilsträngen dieser Debatten durchaus unklar, ob sie – etwa als Problem einer sogenannten »Cancel Culture« gerahmt – neben den Feuilletons der Qualitätspresse tatsächlich auch das allgemeine Publikum umtreiben. Vor allem aber ist auffällig, dass der jüngere Diskurs um Diskursverknappung äußerst effektiv und öffentlichkeitswirksam von eben jenen gesellschaftlichen Positionen aus vorangetrieben wird, die darin wortreich ihren diskurpolitischen Ausschluss beklagen.<sup>2</sup>

Worum geht es nun, bei der vielstimmigen Aufregung um »Identitätspolitik« genau? Jenseits des Umstands, dass dies tatsächlich nicht immer klar ist, dürfte es den Protagonisten einschlägiger Debatten im Kern wohl um die Wahrnehmung gehen, dass auf »kultureller« Zugehörigkeit beruhende soziale Gruppen und Bewegungen zu ungeahnter

gesellschaftspolitischer Dominanz gekommen seien. Gemeinschaften, deren kollektive Identität von der ethnischen Herkunft, dem religiösen Glauben oder der sexuellen Orientierung ihrer Mitglieder geprägt, wenn nicht gar bestimmt werde, seien im öffentlichen Raum über die Maßen präsent. Sie würden von Medien und Politik hofiert und traten mit einem übergriffigen, zugleich partikularen wie imperialen Anspruch auf, der auf die Kontrolle der Alltagssprache und überhaupt auf eine Verschiebung der Grenzen des gesellschaftlich Sagbaren ziele. Vorwürfe der Bevormundung und Einschüchterung der Vielen durch die Wenigen, ja einer Tyrannie der Minderheit(en), werden laut: Nicht *Big Brother*, sondern eine ganze Horde von *little sisters* unterschiedlichen, nicht definierbaren oder sich der Festlegung entziehen wollenden Geschlechts tanzten der Mehrheitsgesellschaft auf der Nase herum und nähmen mittlerweile die Position einer allgegenwärtigen, hypermoralisierenden, inquisitorischen Sprach-, Gedanken- und Verhaltenspolizei ein.

Was bis hierher schon deutlich wird, ist die Art und Weise, wie in den kritischen Auseinandersetzungen mit – vermeintlichen oder tatsächlichen – identitätspolitischen Anliegen und Annahmen durchweg politisch-soziale Konstruktionen bemüht werden, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Zum einen und zuallererst werden die kritisierten Gruppen selbst als ein homogenes, geschlossenes Kollektiv konstruiert, dem eine bestimmte, gemeinsam geteilte politische Haltung zugeschrieben werden kann: Feministinnen kämpfen demnach fürs Gendern, People of Color verlangen Respekt, Muslime sind kei-

<sup>2</sup> Man könnte dies, in einer typisch »Frankfurter« Wendung kritischer Gesellschaftsanalyse, womöglich als eine der »normativen Paradoxien« der Spätmoderne bezeichnen (vgl. Honneth u.a. 2022).

ne Frauenfreunde. Zum anderen wird logisch konstruiert und gilt diskursiv als gesetzt, dass es sich bei den politischen Positionierungen und Forderungen dieser (wie gesagt: als Haltungs- und Handlungseinheit behaupteten) Gruppen eben um identitäre Anliegen handele, um Ansprüche auf Anerkennung ihrer kulturellen Identität, ihrer jeweiligen ethnischen, religiösen oder sexuellen Eigenart. Nicht thematisiert – und damit gewissermaßen wegkonstruiert – wird im Umkehrschluss die Möglichkeit, dass es bei den politischen Wortmeldungen und Interventionen von Gleichstellungsaktivistinnen oder jüdischen Intellektuellen, Deutschafrikanern und Transgenderpersonen um für demokratisch-kapitalistische Gesellschaften ganz normale Kämpfe um Teilhabe gehen könnte, und zwar um Teilhabe an nicht nur den symbolischen, sondern auch den materiellen Gütern, die in Gesellschaften dieses Typs zur Verteilung anstehen.

Zu den Hintergründen dieser – letzten Endes von beiden Seiten bzw. allen Beteiligten – hochgradig emotional geführten Debatte gehört auch, dass jene Gruppenidentitäten, die von den sich selbst als »mehrheitsgesellschaftlich« verstehenden Positionen aus identifiziert werden, häufig auf genau diese Weise entstanden sind: Erst die Erklärung zur (nicht bloß zahlenmäßigen) gesellschaftlichen Minderheit erzwang die Auseinandersetzung der jeweiligen Gruppenangehörigen mit einer zunächst nicht von ihnen selbst, sondern von Dritten vorgenommenen Zugehörigkeitsbestimmung. Man kann darin einen basalen sozialen Mechanismus erkennen: Die Gruppen, die in einem gesellschaftlichen Zusammenhang die Position der Etablierten für sich in

Anspruch nehmen, stellen aktiv jene Außenseiterpositionen her, von denen aus sich die so an den Rand Gedrängten überhaupt erst als zusammengehörig verstehen können – und deren Problematisierung ihnen dann wiederum von den Etablierten übergenommen wird (vgl. klassisch hierzu die Studie von Elias/Scotson 1990). Es sind nicht etwa übertriebenes Selbstbewusstsein oder ein aggressives Geltungsbedürfnis »identitärer Gruppen«, die an der Wurzel der sogenannten Kulturmärkte der Gegenwart liegen, sondern geteilte, langanhaltende Unterordnungs-, Abwertungs- und Diskriminierungserfahrungen, die von den Betroffenen – gegebenenfalls – im Zuge kollektiver Verständigungsprozesse zu positiv konnotierten Selbstverständnissen umgearbeitet werden.

Die Akte der Selbstermächtigung der gesellschaftlich immer schon und immer wieder von Neuem Zurückgesetzten, so sie denn wahlgemerkt überhaupt stattfinden, operieren gezwungenenmaßen mit Autoidentifikationen, die an die machtvollen Fremdzuschreibungen anschließen, mit denen Randgruppen zeitlebens umgehen mussten – bis sie irgendwann die Geduld verlieren. Und die ihnen dann, zu allem Unterordnungüberfluss, von eben jenen sozialen Positionen, von denen ihre soziale Marginalisierung ausgeht, auch noch als wahlweise hysterische Überreaktion (bei Frauen) oder aggressive Usurpation (bei Männern) ausgelegt wird – in jedem Fall aber als Störung der etablierten sozial-kulturellen Ordnung.<sup>3</sup>

---

3 Die, um ein bekanntes marxsches Diktum abzuwandeln, stets nur die Ordnung der Etablierten ist.

Es geht also in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Identitätspolitik, so das Fazit einer ersten Annäherung an das Phänomen, um Etablierte-Außenseiter-Beziehungen – und konkret um die Verteidigung von als gefährdet wahrgenommenen Etablierten(vor)-rechten (vgl. Koppetsch 2017). Die abwehrende Bearbeitung der – und sei es auch nur diskursiven – Mobilisierung der Außenseiter nimmt dabei im Wesentlichen zwei Formen an, als deren Trägergruppen jeweils unterschiedliche Fraktionen des selbst vielgestaltigen Etabliertenmilieus auftreten: Während die einen die identitätspolitische Entpolitisierung der sozialen Frage beklagen, befürchten andere die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder aber das Ende der Meinungsfreiheit durch minderheitenpolitische Agitation. Diese verschiedenen Spielarten der Reaktion der Etablierten auf das Aufbegehren der Außenseiter seien im Folgenden kurz genauer ergründet.<sup>4</sup>

## Wem gehört die »soziale Frage«?

Eine Variante der Debatte findet innerhalb der gesellschaftlichen Linken statt – und wird, wie in diesem politisch-ideologischen Feld üblich, mit besonderer Härte ausgetragen. Auf einen Nenner

gebracht wird sozialen Gruppen und Bewegungen, die aus Sicht linker Kritiker und Kritikerinnen eine identitäre Agenda verfolgen, ein faktisch arbeiterfeindlicher politischer Aktivismus vorgeworfen, mit dem sie, und sei es ungewollt, neoliberalen Kräften in die Hände spielten. Selbst (oder gerade) radikale Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit oder Migrationsfreundlichkeit seien unmittelbar anschlussfähig an wirtschaftsliberale Vorstellungen von offenen Arbeitsmärkten und flexibel-deregulierten Beschäftigungsverhältnissen. Die identitätspolitisch getriebene »Liebe zur Differenz« (Berger 2021), zur alltagspraktischen Überhöhung »kultureller« Unterschiede, passe Unternehmensleitungen und Personalmanagern bestens ins betriebswirtschaftliche Konzept: Statt um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten oder Überstundenzuschläge gehe es dann in den inner- wie überbetrieblichen Auseinandersetzungen um Frauenquoten, Unisex-toiletten und die Verbannung von Schweinefleisch aus dem Kantinenmenü. Wo nicht mehr ökonomische Ungleichheiten, sondern Mängel im »diversity management« für Empörung sorgten, da stünden klassische Lohnarbeiterinteressen auf verlorenem Posten – dem Kapital zum Wohlgefallen.<sup>5</sup>

4 Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die sozialen beziehungsweise sozio-kulturellen Milieus der Etablierten sind nicht identisch mit den Gruppen der gesellschaftlich Herrschenden. Vielmehr handelt es sich dabei um sich selbst als in der »Mitte« der Gesellschaft positionierte – ihrerseits aber, wie erwähnt, fragmentierte – Milieus (beziehungsweise um deren selbsternannten politischen Repräsentanten).

5 Eine einflussreiche Position in diesem Sinne hat die US-amerikanische Philosophin – und Feministin – Nancy Fraser mit dem Konzept des »progressive neoliberalism« formuliert (vgl. etwa Fraser 2017). Vulgarökonomistisch gewendet, und gerne mit nicht nur antifeministischen, sondern insbesondere auch rassifizierenden Anklängen versehen, finden sich entsprechende Argumente im politischen Diskurs etwa prominent bei Sahra Wagenknecht.

Die Spaltung des linken, sich auf beiden Seiten als gesellschaftskritisch versteckenden Milieus entlang des vermeintlichen Gegensatzes von ökonomischen und kulturellen, materiellen und ideellen Interessen wäre im hier interessierenden Kontext nicht weiter der Rede wert, würde sich in ihm nicht, gleichsam im Kleinformat innerlinker Selbstverständigungsdebatten (und Selbstzerfleischungspraktiken), die gesellschaftliche Großwetterlage krisenhafter Normalitätskonstruktionen und nervöser Diskurszuckungen widerspiegeln. Man wird den von der Priorisierung der »alten sozialen Frage« – dem Arbeit-Kapital-Konflikt – bewegten Akteuren nicht zu nahtreten, wenn man ihren nun auch innerlinken Abwehrkampf als Verlängerung jener historisch gewachsenen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung deutet, in welcher sich die traditionelle Linke ohnehin schon auf wenig aussichtsreichem, ja verlorenem Posten wähnt. In jedem Fall dürfte hier die Quelle der affektiven Aufladung des innerlinken Disputs liegen: Da ist man im Ringen um Arbeiterrechte und soziale Gerechtigkeit ohnehin seit Jahrzehnten schon in der Defensive gegenüber den Agenten und Agenturen neoliberaler Transformation – und dann kommen einem auch noch Gleichstellungspropagandistinnen und Vielfaltsaktivisten in die Quere. Zu allem Überfluss machen Debatten um Gendergerechtigkeit und die postmigrantische Gesellschaft die Kämpfe der Lohnabhängigen um ihren verdienten Anteil am wirtschaftlichen Wertprodukt noch aussichtsloser.

Was hier gerade passiert, muss im Lichte der aktuellen gesellschaftshisto-

rischen Konstellation gesehen werden, und lässt sich auch nur so verstehen: Auf der einen Seite die Jahrzehntelange neoliberale Hegemonie und eine ebenso lange eingeübte linke Verteidigungshaltung gegen den Abbau einst errungener Wohlfahrtspositionen der ansonsten Besitzlosen, auf der anderen das beginnende gesellschaftliche Aufbegehren von im ehemaligen wohlfahrtsstaatlich-industriellen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit nicht berücksichtigten Gruppen und Interessen. Nur vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, warum die Teilhabearansprüche sozialer Gruppen und die Mitspracheforderungen sozialer Bewegungen, die sich selbst nicht primär als Bewegungen der Lohnabhängigen beschreiben, zu bloßen Kulturkämpfen erklärt und als lästiger »Trubel um Diversität« (Michaels 2021) verstanden werden.

Darin äußert sich eine doppelte Abwertung: die weiblicher, schwul-lesbischer, migrantischer und vieler anderer, bislang nicht im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit stehender »Identitäten« selbst, wie auch ihrer politischen Kämpfe. Deren Inhalte werden eben nicht als gleichermaßen legitime soziale Fragen akzeptiert, sondern letztlich als »Gedöns« (Gerhard Schröder) abgetan – ein Manöver, das erkennbar »selbst ein zutiefst identitätspolitisches ist« (Walter 2021).<sup>6</sup> Und das nicht zuletzt auch deswegen irritiert, weil es für den

---

6 »[D]ie pauschalisierende Denunziation neuerer, komplizierter Diskurse mit dem Popanz-Wort ›Identitätspolitik‹ hat in diesen alt- und ex-linken Milieus offenbar eine – Achtung! – identitätsstiftende Funktion.« (Walter 2021) Vgl. auch Dowling u.a. 2017.

strategischen Rückgriff marginalisierter Gruppen auf die Sprache der Anerkennungspolitik so wenig Verständnis zeigt – obwohl doch gerade der strukturelle Misserfolg einer klassenpolitischen Umverteilungsagenda davon zeugt, dass es offensichtlich genau diese Sprache ist, die eine Gesellschaft, die ihren Klassencharakter nicht nur verhüllt, sondern geradezu verleugnet, allein versteht (Mayer-Ahuja/Nachtwey 2021). In der traditionslinken Abwehrbewegung zur Verteidigung beziehungsweise Wiederherstellung des vorneoliberalen Status quo jedoch werden die neulinken Interessenlagen und Politikentwürfe gleich mitbekämpft (vgl. Nullmeier 2017). Ob nun die Mächte des Kapitals oder die Macht der Identität: Wer der ohnehin im Entschwinden begriffenen Normalität des industrikapitalistischen Wohlfahrtskorporatismus westdeutscher Prägung zusätzlich den Boden entzieht, hat mit dem geballten Zorn seiner Nachlassverwalter zu rechnen.

## Versöhnen statt spalten?

Prominenter als die linke Spielart eines Ressentiments gegen identitätspolitische (oder als solche wahrgenommene) Umtriebe dürfte allerdings dessen bürgerliche Variante sein. »Minderheitenpolitiken«, so lautet im Kern die Beschwerde der sich als Sprachrohre einer bedrängten »Mitte« verstehenden Kritiker,<sup>7</sup> denunzierten in ihrer Kompromisslosigkeit die berechtigten kulturellen Ansprüche und Anliegen gesellschaftlicher Mehrheiten und betrieben

damit die Spaltung der Gesellschaft. Als emblematisch für diese Position kann Wolfgang Thierses Essay »Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?« gelten, ein Debattenbeitrag, der, Anfang 2021 in der FAZ publiziert, für einiges öffentliches Aufsehen gesorgt hat (Thierse 2021). Auch hier steht das Argument am Anfang, dass »Themen kultureller Zugehörigkeit« (ebd.) mittlerweile für mehr gesellschaftliche Erregung sorgten als Fragen der Verteilungspolitik und sozialer Gerechtigkeit. Ins Zentrum der Problematisierung rückt sodann aber weniger die identitätspolitische Schwächung von Arbeiterinteressen<sup>8</sup> als vielmehr die zersetzende Wirkung, die zunehmend »heftiger und aggressiver« werdende »Debatten über Rassismus, Postkolonialismus und Gender« hätten: Sie störten das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben, ja zerstörten den für die Wahrung des sozialen Friedens elementaren »Gemeinsinn« (ebd.).

Das Problematische einer Identitätspolitik von links sei, so der langgediente sozialdemokratische Politiker, Diversität zum Selbstzweck zu erheben und »zum Ziel aller sozialen und kulturellen Anstrengungen zu erhöhen« (ebd.). Nach Anerkennung strebend, könnten linke Identitären selbst nicht anerkennen, »dass nicht nur Minderheiten, sondern auch Mehrheiten berechtigte kulturelle Ansprüche haben« (ebd.). Wer diese aber heute öffentlich anmeldet, müsse

<sup>7</sup> Die durchweg auch Frauen als gesellschaftliche Minderheit zu kategorisieren scheinen.

<sup>8</sup> Auch hier aber werden »identitätspolitische« Konflikte ausdrücklich entmaterialisiert und als »Verteilungskonflikte um Sichtbarkeit und um Einfluss, um Aufmerksamkeit und um Anerkennung, also um kulturelle Teilhabe« (Thierse 2021) charakterisiert.

mit Rassismusvorwürfen rechnen, wer Mehrheitsinteressen vertrete, gerate unter das Damoklesschwert allfälliger Einschüchterungen, »nach dem Motto: Wer weiß ist, ist schon schuldig.« (Ebd.) Damit spielt Thierse auf eine Praxis an, von der niemand so recht weiß, wie verbreitet sie eigentlich ist, von der man aber angesichts der öffentlichen Empörung darüber zwischenzeitlich den Eindruck bekommen konnte, dass sie in Deutschland an der Tagesordnung sei: die aktive Verhinderung oder aber vorsorgliche Absage von Vorträgen, Publikationen, Lesungen und sonstigen Veranstaltungen, deren Inhalte von identitätspolitisch motivierten Aktivisten und Aktivistinnen als »politisch inkorrekt«, ideologisch unerträglich oder persönlich verletzend gebrandmarkt würden. Redeverbote, Diskursausschlüsse, »verordnete Sprache« (ebd.): Was aus dieser Sicht »als Cancel Culture sich zu verbreiten beginnt«, mache den öffentlichen Austausch von Ansichten, Meinungen und Positionen letztlich unmöglich und gefährde damit eine wesentliche Grundlage der demokratischen Ordnung (ebd.).

Statt die ungemein erhitzte und emotional aufgeladene Auseinandersetzung um die vermeintliche oder tatsächliche Unkultur der identitären Verhinderungskultur weiterzutreiben und selbst zu verstärken,<sup>9</sup> sei sie an dieser Stelle auf ihren soziologi-

<sup>9</sup> Vgl. als angemessen sachliche Reaktion auf die »Cancel Culture«-Debatte Celikates u.a. 2021. – Für Diedrich Diederichsen spricht aus der einschlägigen Aufregung »das ewige Angsthaben, dass man irgendetwas nicht mehr darf, was nie ein Mensch verboten hat« (Diederichsen 2021).

schen Kern zurückgeführt. Das gesellschaftsanalytisch Interessante an der von Thierse – durchaus stellvertretend und prototypisch – vorgebrachten Argumentation liegt in der Vorstellung, ja Überzeugung, dass »konkurrierende Identitätsgruppenansprüche« (ebd.) den gesellschaftlichen Zusammenhalt unterminieren würden, dass sich aus den identitätspolitisch zersplitterten Teilen kein irgendwie integrierter sozialer Zusammenhang mehr herstellen lasse. Viele ihr eigenes Süppchen anrührende Identitätsköch\*innen – Schwule und Lesben, Juden und Muslime, staatlich bestellte Diversitätsbeauftragte und selbsternannte Kulturpolizisten – verderben den gesellschaftlichen Brei: Das ist die einfache Rechnung, die von »besorgten Bürgern«, als politische Sozialfigur seit den Hochzeiten der Pegida-Proteste bekannt, aufgemacht wird. Deren Sorgen wird, von Thierse wie von vielen anderen ihrer öffentlichen Stimmgeber, der Wert des Gemeinsamen, Verbindenden, Einenden entgegen gehalten: »Wir brauchen eine neue Solidarität« – eine Solidarität, »das Ganze umfassend« (ebd.).<sup>10</sup>

Genau dies ist der springende Punkt: Was zählt, ist gesellschaftliche Einheit, und die gesuchte »neue Solidarität« ist ganz die alte – nämlich eine, die kulturelle Differenzen nur unter der Maßgabe zur Geltung kommen lässt, dass sie »das Ganze« nicht stören, dass sie nicht den Rahmen

<sup>10</sup> Auch ein öffentlich breit diskutierter soziologischer Entwurf zur Aktualität der Solidaritätsidee wie der von Heinz Bude geht vom »gesamtgesellschaftlich« dysfunktionalen Charakter multipler mikropolitischer Solidaritäten aus (vgl. Bude 2019).

sprengen. »Das Ziel muss vielmehr sein«, und damit sei der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages ein letztes Mal zitiert, »die akzeptierte Diversität friedlich und produktiv leben zu können« (ebd.). Damit ist alles zu den Grenzziehungen gesagt, die der öffentlichen Kritik an der Identitätspolitik immanent sind: Diversität findet ihre Grenze da, wo sie (nicht mehr) akzeptiert wird – und über Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz von Verschiedenheit entscheiden die, die nicht divers sind; über die Bedingungen des sozialen Friedens und die Frage der Produktivität (oder aber Destruktivität) von Andersartigkeit richtet die Mehrheitsgesellschaft der kulturell Gleichartigen, die identitätspolitisch schweigende Mehrheit der *Normalos*.

Die erregten, bisweilen eskalierenden Debatten um Diversität, Cancel Culture und Gendersternchen sind beredter Ausdruck »einer neuen Rhetorik des Normalen« (Walter 2021). Zur überkommenen gesellschaftlichen Normalität gehört es, kulturelle Vielfalt als Gefahr zu sehen, die damit in Verbindung stehenden Interessenkonflikte als sozial spaltend zu begreifen und in Anbetracht dessen die Rettung in Einheitsvorstellungen zu suchen. Die diskursive Vehemenz und emotionale Verve, mit denen auf mehrheitsgesellschaftlich wahrgenommene »Attacken aufs Hergebrachte« (Thierse 2021) reagiert wird, zeugen eindrücklich von der akuten Sorge der Inhaber kulturell privilegierter Positionen vor einem drohenden, nicht wieder wettzumachenden sozialen Statusverlust, und mehr noch, von der Angst vor dem gesellschaftlichen Kontrollverlust. Wenn endlich

einmal diejenigen ihre Stimme<sup>11</sup> erheben, die zuvor immerzu schweigen mussten, scheinen jene die Welt nicht mehr zu verstehen, die ihre Anliegen immer schon wie selbstverständlich äußern konnten – oder aber dies gar nicht mussten, weil sie von ihren politisch-medialen Repräsentanten ohnehin schon stark gemacht wurden. Dabei lässt sich vieles von dem, was entsprechende Verlusterfahrungen – oder auch nur die Angst vor dem möglichen symbolischen Abstieg – an sozialen Reaktionen hervorruft, dem Reich der Projektion zuweisen: Dann scheint es denen, die Zeit ihres Lebens die »richtige« Hautfarbe hatten, auf einmal so, als wäre das Richtige plötzlich falsch, und als könnten sie sich aufgrund ihrer nunmehr »falschen« Hautfarbe nicht mehr äußern – das kann doch nicht normal sein! Und in der Tat: Wäre es auch nicht – wenn es denn so wäre.

### Nichts zu verlieren als ihre Hegemonie: Die *Manntalität* der Etablierten

So betrachtet, und normalitätspolitisch hergeleitet, verliert die mittlerweile berühmt-berüchtigte Sozialkategorie des »alten weißen Mannes« den Beigeschmack billiger Polemik oder gar übler Denunziation – und gewinnt stattdessen unmittelbar einen kritisch-analytischen Sinn. Denn es sind eben jene typischerweise von hellhäutigen, heterosexuel-

---

11 Ob sie damit ihrer »Identität« Ausdruck geben oder zu geben trachten, wie dies in der öffentlichen Debatte von vornherein als ausgemacht erscheint, sei hier dahingestellt – wäre aber tatsächlich erst in jedem Einzelfall empirisch zu klären.

len, älteren Männern eingenommenen sozialstrukturellen Positionen, die unter bisherigen gesellschaftlichen Normalitätsbedingungen mit einer privilegierten Ressourcenausstattung verknüpft gewesen sind, und zwar sowohl in materieller wie in symbolischer Hinsicht. Es waren – und sind in aller Regel auch immer noch – ältere, weiße, heterosexuelle Männer, die an den Schaltthebeln der politischen Macht sitzen, Unternehmensleitungen und die oberen Etagen des betrieblichen Managements bevölkern, das Wort in den öffentlichen Medien<sup>12</sup> führen. Sie sind es, die von solch machtvollen Positionen aus maßgeblich an der Gestaltung gesellschaftlicher Normalitätsvorstellungen mitwirken und die Normalitätserfahrungen vieler anderer Menschen, in weniger machtvollen Positionen, konditionieren. Erfahrungen, die wiederum für all jene Menschen, die den herrschenden Normalitätsvorstellungen entsprechen oder in ihrer Lebensführung und ihren Alltagspraktiken eher an sie anschließen können, grundlegend *anders* und systematisch *andere* sind als für jene, die eben dies nicht tun oder können. Hier, in diesen ganz unterschiedlichen Verortungen in der gesellschaftlichen Normalitätsordnung, und nicht in irgendwelchen identitären Ansprüchen und Anmaßungen, liegen die Wurzeln und die Struktur jener sozialen – und nicht primär kulturellen – Differenz und Diversität, die sich gegenwärtig stärker öffentlichen Ausdruck zu verschaffen

vermag, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Und dieser doppelte Bruch mit der Normalität, nämlich mit der Normalität der sozialen Positionsordnung und mit der Normalität ihres kollektiven Beschweigens, macht insbesondere denen zu schaffen, die beides, die Ordnung selbst wie ihre Dethematisierung, bislang für normal hielten. Sprich: den älteren, weißen, heterosexuellen Männern.

Die Krise der gesellschaftlichen Normalität, die unter anderem in der Debatte um Identitätspolitik ihren Ausdruck findet, ist daher nicht zuletzt auch eine Männlichkeitskrise, eine Krise männlicher Normalitätsvorstellungen und -erfahrungen. Politische Initiativen für eine geschlechtergerechte Sprache können als inquisitorische Eingriffe in die Freiheit der Rede nur von denen wahrgenommen werden, die gleichsam immer schon wie selbstverständlich davon ausgehen konnten, dass mit ihrem grammatischen Geschlecht die ganze soziale Welt gemeint sei, dass alle anderen Geschlechter sich allein schon sprachlich diesem einen, maskulinen, Geschlecht unterordnen lassen. Nur wer Arzt ist, kann selbstredend davon ausgehen, dass auch Ärztinnen »Ärzte« sind – und seiner Irritation über die Forderung nach sprachlicher Inklusion von Ärztinnen, unter dem Deckmantel einer gänzlich unpolitischen Liebe zum eingebürgerten Sprachgebrauch, freien Lauf lassen, ohne sich je umgekehrt für die Irritation von Generationen von Ärztinnen über ihre sprachliche Unsichtbarkeit interessieren zu müssen.

Nur wer sich – zufällig? – auf der Sonnenseite sozialer Differenz befindet,

---

12 Auch im deutschen Feuilleton »haben Männer das Sagen, die gern im Genre des Machtworts etwas zurechtrücken« (Diederichsen 2021).

muss kein Problem damit haben, dass »die gesellschaftliche Durchsetzung von Unterscheidung, der (immer auch sprachliche) Unterscheidungsakt, stets auf einer Seite Benachteiligung produziert und auf der anderen Seite Privileg.« (Diederichsen 2021, Herv. i. O.)<sup>13</sup> In der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung stehen Männer gegenüber Personen anderen Geschlechts (ebenso wie Einheimische gegenüber Zugewanderten, Muttersprachler gegenüber Fremdsprachlern, Weißhäutige gegenüber *People of Color*) auf der Seite der Privilegierten. »Privilegien sind nicht nur die andere Seite der Diskriminierung, sie sind auch jene andere Seite jeder Markierung, die Offenheit und Entwicklungsmöglichkeiten garantiert. Wir nennen dieses Privileg der Unbeschriebenseitigkeit oder Zuschreibungslosigkeit: Normalität.« (Ebd.)<sup>14</sup> Der Abwehrkampf gegen das Gendern ist daher ein Kampf für die Verteidigung jener Privilegien, die die Normalität der bestehenden Geschlechterordnung für die unmarkierte, unbeschriebene, zuschreibungslose Seite der Geschlechterunterscheidung mit sich bringt: für das männliche als das *normale Geschlecht*.

Klar: Wer sich von seinem Platz an der Sonne verdrängt sieht, wer um sei-

---

13 »Dabei wird die Benachteiligung produziert, und das Privileg entsteht gewissermaßen von allein, unbeobachtet auf der anderen Seite der Unterscheidung« (Diederichsen 2021).

14 »Denn normal zu sein bedeutet nicht, auf einen bestimmten Inhalt, eine bestimmte Zuschreibung, eine bestimmte Rolle festgelegt zu sein, sondern dass alles möglich ist, dass einem das Leben offensteht.« (Diederichsen 2021)

ne privilegierte Position – im Rahmen welcher gesellschaftlichen Teilordnung auch immer – meint fürchten zu müssen, der sucht sich wahlweise gegen entsprechende Anfechtungen zu immunisieren, sie aktiv abzuwehren oder gar aggressiv zum Gegenschlag auszuholen. Der Kampf um die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Normalität männlicher Hegemonie trägt Züge all dieser drei Reaktionsweisen. Selbst niemals als identitätspolitischer Einsatz erkannt, äußert er sich im Rückzug auf tradierte sprachliche Konventionen (Stellen Sie sich vor, Goethe hätte gegendert!) ebenso wie in polemischen Gegenangriffen auf die ausgemachten Protagonistinnen einer Infragestellung von Etablierten-Vorrechten – die Rede von »Genderpolizei« oder »Geschlechterkriegerinnen« gehört dabei noch zum weniger sexistischen Begriffsarsenal. Dabei hängt die neuartige Prominenz des öffentlichen Schlagabtauschs um Geschlechterfragen und Identitätspolitik wohl entscheidend auch damit zusammen, dass unter den Bedingungen digitalisierter Kommunikation eine weitere bisherige Normalitätsannahme, nämlich die der Privatheit von Diskursräumen, mittlerweile der Vergangenheit angehört: »Man kann nicht mehr über andere reden, ohne dass die mithören.« (Ebd.) Sexistische – oder auch rassistische – Diskurse »können nicht mehr in ihren bürgerlichen *safe spaces* und an den Stammtischen überleben.« (Ebd., Herv. i. O.)<sup>15</sup>

---

15 Damit wiederum hängt zusammen, dass kritische Debatten um Sexismus oder Rassismus heute »institutionelle Konsequenzen haben, die sie früher, als sie an verschiede-

Apropos Stammtisch: Die Krise der männlichen Normalitätsordnung – beziehungsweise einer Normalitätsordnung, die sich, gerade in ihrer scheinbaren Geschlechterneutralität als eine männlich dominierte entpuppt – erschöpft sich keineswegs in ihrer offen geschlechterpolitischen Dimension. Sie steht in enger Verbindung etwa auch mit der Frage der gesellschaftlichen Verbreitung fossiler Mentalitäten, verstanden als Normalisierung von extrem energie- und ressourcenintensiven Lebensstilen. Die verhaltenswirksame Vorstellung einer tendenziell unbegrenzt zur Verfügung stehenden, schrankenlos anzueignenden und hemmungslos zu nutzenden Natur ist Ausdruck eines nicht nur genuin modernen, sondern auch durch und durch maskulinen Weltverhältnisses. Fossile Mentalitäten sind schon in ihren multiplen historischen Ursprüngen – von den kolonialen Konquistadoren über die Kumpel im Kohlebergbau und den Schöpfer des Ford Modell T bis zu den Geschäftsreisenden mit Vielfliegerbonus – die Mentalitäten von Männern. Oder, wenn man so will: *mantalities, Manntalitäten*.<sup>16</sup> Man(n) nimmt sich einfach, was man (er) haben will: Das Herrenrecht der Verfügarmachung natürlicher Ressourcen, fremder Kontinente, primitiver Völker, weiblicher Körper, mi-

---

nen gegenkulturellen und minoritären Orten auch schon geführt wurden, nicht hatten.« (Diederichsen 2021)

<sup>16</sup> Die Namensgebung des von 1970 bis 1988 produzierten *Opel Manta* – heute ein Symbol für die eher prollige Variante männlicher Freude am Fahren – kann unter diesem Gesichtspunkt nur als ein historischer Marketingcoup bezeichnet werden.

grantischer Arbeitskraft. Und schließlich das Recht, so zu reden, wie einem der Schnabel gewachsen ist: Man wird ja wohl noch sagen dürfen ...!?

## Epilog

Identitätspolitik hin oder her: Die Ahnung vom Ende ihrer kulturellen Hegemonie ist es, die all diejenigen, die bislang den Ton angaben, nervös werden lässt. In einem »Regime, das permanent zwischen normal und anders unterscheidet« (Diederichsen 2021), müssen die als normal Auftretenden sich erst daran gewöhnen, dass die Anderen publikumswirksam nicht nur auf ihr Anders-Sein verweisen, sondern auch daran, dass sie auch anders können. Die Konjunktur des antifeministischen Resentiments ist ebenso ein Effekt dieser aus den Fugen geratenen symbolischen Herrschaftsverhältnisse wie die offensiver werdenden öffentlichen Anfeindungen antirassistischen Engagements. Im Hintergrund des Handgemenges ist die Sehnsucht nach der »tradierten Übersichtlichkeit, einer Ordnung ohne Gender- oder Migrationstrouble« (Walter 2021), unverkennbar: jener Welt, in der die symbolischen Kämpfe um Sichtbarkeit, Sprechfähigkeit und Deutungshoheit entweder stillgestellt schienen oder immer schon vorentschieden waren.

Der Geist dieser alten Welt wird von machtvollen Diskursakteuren angerufen, die im Namen wahlweise des »Mannes auf der Straße« oder der »einfachen Leute, die die Welt nicht mehr verstehen«,<sup>17</sup> sprechen und sich anschlie-

---

<sup>17</sup> Bei aller zwischenzeitlichen Begeisterung für das Wirken von *Fridays for Future*

cken, die Dinge zurechtzurücken, die symbolische Ordnung wieder ins Lot zu bringen. Dass nicht mehr nur die immer Gleichen reden, sondern auf einmal jeder etwas zu sagen hat – und damit auch noch öffentlich Gehör findet: Wo soll das hinführen, wo kommen wir da hin? »Aus vielen Wortmeldungen dieser doch noch erstaunlich uncancelten Speaker [...] spricht der [...] Wunsch, diese Mode möge rasch vorüberziehen. Und wir könnten zurückkehren zur – Normalität.« (Walter 2021)

## Literatur

- Berger, Eva (2021): Die Liebe zur Differenz. In: taz (21.10.2021). URL: <https://taz.de/>, Zugriff: 30.5.2022.
- Bude, Heinz (2019): Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München.
- Celikates, Robin u.a. (2021): Wissenschaftsfreiheit, die wir meinen. In: DIE ZEIT (18.11.2021). URL: <https://www.zeit.de/>, Zugriff: 4.6.2022.
- Diederichsen, Diedrich (2021): Am Stammtisch der Sachlichkeit: Markiertes Sprechen in Deutschland. In: Merkur (24.8.2021). URL: <https://www.merkur-zeitschrift.de/>, Zugriff: 28.5.2022.
- Dowling, Emma u.a. (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? PROKLA 188 47(3): 411-420. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i188.69>.
- Elias, Norbert / Scotson, John L. (1990 [1965]): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt/M.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2017: 71-76.
- Honneth, Axel u.a. (Hg.) (2022): Normative Paradoxien. Verkehrungen des gesellschaftlichen Fortschritts. Frankfurt/M.
- Koppetsch, Cornelia (2017): Aufstand der Etablierten? Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte. Soziopolis (12.4.2017). URL: <https://www.sociopolis.de/>, Zugriff: 28.5.2022.
- Mayer-Ahuja, Nicole / Nachtwey, Oliver (Hg.) (2021): Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft. Berlin.
- Michaels, Walter Benn (2021): Der Trubel um Diversität. Wie wir lernten, Identitäten zu lieben und Ungleichheit zu ignorieren. Berlin.
- Nassehi, Armin (2019): Denkfaule Demokratieverächter. In: Süddeutsche Zeitung (2.8.2019): 9.
- Nullmeier, Frank (2017): Once Upon a Time in the West. Mark Lilla sucht die Zukunft des Liberalismus in seiner goldenen Vergangenheit. In: Soziopolis (18.12.2017). URL: <https://www.sociopolis.de/>, Zugriff: 30.5.2022.
- Thierse, Wolfgang (2021): Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (22.2.2021). URL: <https://www.faz.net/>, Zugriff: 31.5.2022.
- Walter, Klaus (2021): Das Normale ist politisch. In: taz (1.4.2021). URL: <https://taz.de/>, Zugriff 28.5.2022.

---

wurde den jugendbewegten Klimaaktivistinnen, geleitet durch »die geradezu von Lutherischer Rigorosität geprägte Greta Thunberg«, doch auch vorgehalten, die Sorgen und Nöte *normaler Menschen* zu ignorieren, ja von hoher Moralwarte aus abzuwerten (vgl. z.B. Nassehi 2019).